

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Frithjof Schmidt, Agnieszka Brugger, Omid Nouripour, Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, Ottmar von Holtz, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Kai Gehring, Uwe Kekeritz, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Jürgen Trittin und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 19/8972, 19/9932 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 2013 beteiligt sich die Bundeswehr an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (VN) in Mali (MINUSMA), die vom VN-Sicherheitsrat mandatiert wurde. Auch die deutsche Beteiligung an dieser breit verankerten Friedensmission ist ein Signal zur Stärkung der internationalen Gemeinschaft und unterscheidet sich so von teils parallel agierenden Einzelinitiativen einiger Staaten in der Sahelzone. So sind die Vereinten Nationen zum zentralen internationalen Akteur in Mali geworden, der mit MINUSMA einen Beitrag zum Friedensprozess leistet. Die Mission war der Grund für das Zustandekommen des Friedensabkommens, sie mahnt die Konfliktparteien immer wieder zu Verhandlungen und hält den Druck auf die Schlüsselakteure im Konflikt aufrecht, sich an die Vereinbarungen zu halten. Die Bundeswehr leistet dazu mit rund 800 beteiligten SoldatInnen derzeit als größter europäischer Truppensteller einen wichtigen Beitrag.

Die Umsetzung des Friedensabkommens von Algier ist allerdings bislang unbefriedigend. Wenigen Fortschritten stehen erhebliche Probleme und oft monatelanger quälender Stillstand gegenüber. Das schlägt sich auch in der Wahrnehmung von MINUSMA in der malischen Bevölkerung nieder. MINUSMA wird für die nach wie vor schlechte Sicherheitslage verantwortlich gemacht, ihr wird mangelnder Einsatz für die Zivilbevölkerung und der hohe Aufwand für die eigene Sicherheit vorgehalten. Die Mission wird zudem manchmal auch wie eine Besatzungstruppe wahrgenommen. Das Scheitern des inklusiven Friedensprozesses würde auch die politische Grundlage des

MINUSMA-Einsatzes infrage stellen und von den VN neue Antworten erfordern. Der Nutzen der Mission muss kontinuierlich neu bewertet werden. Sie darf nicht dazu dienen, den Staat von seinen Verantwortungen zur Schaffung von Frieden und zur Umsetzung von Reformen zu entbinden. Denn ohne mutige Schritte hin zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz ist der vielschichtige Konflikt in Mali nicht zu lösen. Positive Entwicklungen in den letzten Monaten waren bei der Demobilisierung von ehemaligen Kämpfern und mit der Einrichtung von Übergangsverwaltungen im Norden Malis zu verzeichnen. Auch hat sich in auftretenden Konflikten die Mediation durch MINUSMA mehrfach bewährt. Besonders schwerwiegend ist jedoch, dass die malische Regierung bisher keine substanziellen Reformanstrengungen unternommen hat. Dazu gehören Reformen im Sicherheitssektor, vor allem aber in guter Regierungsführung und in der Aufarbeitung der Korruption in den Jahren vor 2012. Hier muss die Bundesregierung die malische Regierung dringend in die Pflicht nehmen. Sie muss auch vermehrt in einen Dialog mit der erstarkten malischen Zivilgesellschaft und Opposition eintreten. Die erhoffte schnelle Umsetzung des Friedensabkommens ist vor allem deshalb nicht erfolgt, da mehrere Gruppen den Friedensprozess verschleppen und teils auch hintertreiben. Das Engagement der malischen Regierung für eine rasche Umsetzung des Friedensabkommens ist nicht ausreichend.

Die Sicherheitslage in Mali hat sich in einigen Regionen des Landes weiter verschlechtert. Das zeigt die sich immer weiter ausbreitende Gewalt, die inzwischen auch in Zentralmali angekommen ist. Internationale Missionen sind weiterhin häufig Ziele von Angriffen, bei denen neben ZivilistInnen auch internationale SoldatInnen ums Leben kommen. Besonders seit Anfang dieses Jahres intensivieren sich die Angriffe. Die Ursachen für die Gewalt sind vielschichtig und müssen spezifisch adressiert werden. Neben Unabhängigkeitsbestrebungen sorgen organisierte Kriminalität, ökonomische Rivalitäten, Armut, mangelnder Zugang zu Ressourcen durch die Bevölkerung und der historisch schwelende Nord-Süd-Konflikt immer wieder für Spannungen. In Zentralmali nutzen DschihadistInnen die Konflikte zwischen NomadInnen und sesshaften BäuerInnen, die nicht zuletzt auch auf das Versagen des malischen Staats zurückzuführen sind, für ihre Zwecke aus und destabilisieren die Region. Umgekehrt gibt es Hinweise, dass Massaker durch der malischen Armee nahestehende Milizen verübt werden und auch die malische Armee selbst Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Mangelnde Strafverfolgung weckt ernste Zweifel daran, ob die gegenwärtigen Sicherheitsinstitutionen und ihre politische Führung eine positive Entwicklung der Sicherheitslage garantieren können. Vor diesem Hintergrund wurde der Auftrag im aktuellen Mandat ergänzt in Bezug auf die Unterstützung bei der Wiederherstellung der staatlichen Autorität in Zentralmali.

Der Vorwurf des mangelhaften Umgangs mit neuerlichen Konflikten zwischen ethnischen Gruppen führte in Form eines Misstrauensantrags am 18. April 2019 zum Rücktritt des malischen Premierministers Soumeylou Boubeye Maiga und der gesamten Regierung. Präsident Ibrahim Boubacar Keita benannte daraufhin am 22. April 2019 Boubou Cissé, den ehemaligen Wirtschafts- und Finanzminister, zum neuen Premierminister und übertrug ihm den Auftrag der Regierungsbildung. Cissé versprach Kontinuität in der Beziehung zu internationalen Partnern, dem Friedensprozess, den bevorstehenden Parlamentswahlen sowie dem Verfassungsreferendum. Die internationale Gemeinschaft ist daher aufgefordert, ihn an seinen Worten zu messen, besonders in diesem Übergangsprozess den Friedensprozess zu unterstützen und so geordnete Wahlen zu ermöglichen.

Die anhaltende Gewalt und die fortdauernde Krise machen deutlich, dass militärische Einsätze nie einen Konflikt lösen können. Das Militär kann im besten Fall die Zivilbevölkerung schützen, den Friedensprozess absichern und ein Fenster für die Bewältigung von Konflikursachen schaffen. Die Ursachen der malischen Konflikte sind sozioökonomischer und politischer Natur und müssen daher auch entsprechend adres-

siert werden. Die im vorliegenden Mandat und dem Mandat zur europäischen Trainingsmission EUTM Mali vorgesehene Unterstützung der gemeinsamen militärischen Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten (Niger, Burkina Faso, Mali, Mauretanien und Tschad), die in grenzüberschreitender Terrorismusbekämpfung gemeinsam mit autoritären und diktatorischen Regimen aktiv sind und mit der französischen Militäroperation Barkhane kooperieren, ist eine riskante und hochproblematische Strategie. Denn bei diesen rein militärischen Operationen kommen politische und zivile Prozesse zu kurz. Es entstehen zudem nicht zielführende Parallelstrukturen zur Strategie des Friedensprozesses. Nachdem die Unterstützung der französischen Soldaten durch Lufttransport bereits im letzten Jahr durch die Bundeswehr ohne ausreichende Mandatierung durch den Bundestag erfolgt ist, wurde das neue Mandat jetzt um diese Aufgabe ergänzt. Zielführender wäre allerdings die strikte Trennung zwischen der VN-Friedensmission MINUSMA und der französischen Militäroperation Barkhane. Ansonsten wird der politische Erfolg der Stabilisierungsmission aufs Spiel gesetzt. Für eine Lösung der Konflikte sind die konstruktive Einbindung der Zivilgesellschaft und politische Reformen unabdingbar. Die internationale Gemeinschaft muss daher den Forderungen der malischen Politik und Zivilgesellschaft, wie sie etwa bei der Konferenz zur Nationalen Verständigung 2017 aufgestellt wurden, zuhören und die Parameter des Friedensprozesses erweitern. Dabei dürfen auch Gespräche mit einzelnen dschihadistischen Konfliktparteien kein Tabu sein. Der malische Staat trägt die Verantwortung, alle gesellschaftlichen Kräfte in den Friedensprozess mit einzubeziehen. Hierbei müssen die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Unterstützung leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die MINUSMA-Mission und die Beteiligung der Bundeswehr in Hinblick auf die im Mandat festgeschriebenen Ziele zu evaluieren, die Aufgabenbegrenzung des Mandates auch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der französischen Operation Barkhane strikt einzuhalten und Kriterien für Fortschritte im Friedensprozess festzuschreiben, von allen AkteurInnen einzufordern und Erfolgsperspektiven darzulegen;
- einen stärkeren Beitrag zur zivilen und polizeilichen Komponente von MINUSMA zu leisten;
- Fortschritte im Friedens- und Aussöhnungsprozess stärker zu unterstützen und einzufordern und in diesen Prozess alle AkteurInnen (Europäische Union, Afrikanische Union, ECOWAS, AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit und der malischen Zivilgesellschaft) mit einzubeziehen, um einen erfolgreichen und nachhaltigen Friedensprozess zu gewährleisten,
 - insbesondere im Bereich des Sicherheitssektors auf umfassende und zügige Reformen zu drängen, damit malische Sicherheitskräfte unter starker ziviler Kontrolle landesweit die Sicherheit für alle Menschen in Mali garantieren können,
 - bei der Zusammenarbeit konkrete Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und gegen die organisierte Kriminalität, insbesondere den Drogenhandel, zu verstärken,
 - die Wahrheitskommission zu stärken, die zum Aussöhnungsprozess substantiell beiträgt und die Verständigung zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen zu fördern,
 - sich dafür einzusetzen, dass als Bedingung für ein erfolgreiches Engagement ein stimmiges Gesamtkonzept für die Zukunft Malis erarbeitet wird, das die verschiedenen Bemühungen der zahlreichen AkteurInnen in den Bereichen

- Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Staatsaufbau effektiv aufeinander abstimmt und koordiniert;
- durch internationale Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit den Aufbau von staatlichen und humanitären Strukturen in ganz Mali, vor allem auch in den Gebieten im Norden, zu fördern,
 - die nachhaltige Stabilisierung Malis und der gesamten Region, politische Prozesse und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Überwindung der Konfliktursachen voranzutreiben,
 - die malische Bevölkerung und Regierung dabei zu unterstützen, ihr Wirtschaftssystem zu diversifizieren und die Rohstoffe des Landes nachhaltig zu nutzen,
 - sich dafür einzusetzen, dass Ernährungssouveränität und ländliche Entwicklung im Mittelpunkt stehen,
 - sich dafür einzusetzen, dass in Mali die Agenda 2030 engagiert umgesetzt wird;
 - sich stärker für die Inklusion von Frauen und Mädchen in den Friedensprozess einzusetzen, aktiv zu fördern und finanziell zu priorisieren,
 - sicherzustellen, dass die Rechte von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in Mali gestärkt und ihr gleichwertiger Zugang zu Ressourcen und gleichberechtigter Teilhabe an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen im Friedensprozess verankert sind,
 - vermehrt in die Schulbildung und Bildung der malischen Bevölkerung zu investieren, insbesondere in die von Mädchen und Frauen,
 - MINUSMA mit Blick auf die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen und Mädchen hin zu überprüfen und entsprechend gendergerecht anzupassen;
 - innerhalb der VN darauf hinzuwirken, die Unterstützung der militärischen Eingreiftruppe G5 Sahel aus dem Mandat von MINUSMA zu streichen und sicherzustellen, dass Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen konsequent aufgeklärt und geahndet werden;
 - den Druck auf die malische Regierung und die Konfliktparteien zu erhöhen, damit sie ihre Versprechen gegenüber der malischen Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft in Hinblick auf eine Reform des Sicherheitssektors, Korruptionsbekämpfung, administrativen Dezentralisierung, eine gerechte wirtschaftliche und politische Teilhabe und die Verständigung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen einhalten, sodass sich Spannungen im Land nicht weiter vertiefen;
 - in den Vereinten Nationen darauf zu drängen, das vom VN-Generalsekretär in Auftrag gegebene strategische Review-Dokument endlich zu veröffentlichen und die Ergebnisse des Reviews in die Ausgestaltung des Mandats einfließen zu lassen;
 - die Mittel für Maßnahmen der zivilen Krisenprävention in Mali deutlich zu erhöhen, um so dem Gedanken eines kohärenten und vernetzten Ansatzes besser gerecht zu werden.

Berlin, den 7. Mai 2019

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion